Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 8-9

Artikel: Auf der Suche nach neuen Wegen
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336822

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

diese Landschaftsschönheit durch Annahme der Volksinitiative allen Widerständen und jedem Machtgebot zum Trotz den heute Lebenden und der Nachwelt ungeschmälert zu erhalten.

J. W. BRÜGEL

Auf der Suche nach neuen Wegen

Die Diskussion innerhalb der Labourbewegung

Nahezu gleichzeitig sind in England zwei Publikationen erschienen, die die Diskussion über die weiteren Aufgaben der Labourbewegung von geradezu diametral entgegengesetzten Standpunkten bereichern und einander gerade deswegen wirkungsvoll zu ergänzen scheinen. Der junge Labourabgeordnete Donald *Chapman* (geboren 1923), der bis zum Vorjahr Generalsekretär des klassischen Studienzentrums der britischen Arbeiterbewegung, der Gesellschaft der Fabier, war, hat in der Vierteljahrsschrift «Political Quarterly» (einem inoffiziell-sozialistischen Organ) eine ausführliche Abhandlung unter dem Titel: «Welche Aussichten hat Labour?» veröffentlicht. Der jetzt 65jährige Oxforder Professor Georges Douglas Howard *Cole*, der seit 40 Jahren einer der führenden Theoretiker und zugleich Historiker der Labourbewegung (übrigens Präsident der Gesellschaft der Fabier) ist, hat neben vielen größeren Arbeiten, mit denen er sich befaßt, die Zeit zu einer kleinen Broschüre: «Ist das Sozialismus?» gefunden. Chapman ist voll von Skepsis und sieht die Hauptschwierigkeiten für einen weiteren entschiedenen Vorstoß Labours nach der eingeschlagenen Richtung zur klassenlosen Gesellschaft in der menschlichen Natur, in der Saturiertheit der Menschen durch das bisher von Labour Erkämpfte und Errungene. Cole ist voll von Enthusiasmus und weigert sich, objektive Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen oder sich durch sie von dem Weg abbringen zu lassen, den er als den einzig richtigen erkennt.

Die Stimme des Skeptikers

Chapman scheint es, daß man mit der alten Ideologie nicht auskomme, weil sie den veränderten Tatsachen, den durch die Politik und Taktik Labours veränderten Tatsachen nicht mehr angepaßt sei. Die Schaffung des Wohlfahrtsstaates habe das Denken der Menschen weitgehend verändert, bei ihnen den Drang nach mehr und tiefergehenden Reformen verkümmert. «Wir haben nicht wirklich», sagt er, «das ‚Proletariat befreit'. Es gab kein weitverbreitetes Gefühl vom Bestehen eines Klassenkampfes, und in dem Augenblick, als die

bittere Not durch das Sozialversicherungssystem und durch die das Einkommen gerechter verteilende Steuerpolitik praktisch beseitigt war, wurde es zweifelhaft, wieviel weiter die öffentliche Meinung zu gehen gewillt ist.» Chapman ist daher für eine «Pause», die man zum Nachdenken über die gegenwärtige gesellschaftliche Situation benützen solle, die ihm «weder kapitalistisch noch sozialistisch» zu sein scheint. «Will irgend jemand», so faßt er seine Beobachtungen zusammen, «die Industrie, in der er arbeitet, selbst leiten und seine Vorarbeiter wählen – oder wollen die Menschen ein wenig früher nach Hause gehen, um in den Garten oder zum Fernsehapparat zu kommen?» Woraus sich für ihn die Frage ergibt, die er freilich unbeantwortet läßt: «Wenn wir als Sozialisten nicht nur an den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern interessiert sind, sondern auch an der Umschichtung der Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft, wie können wir das Interesse der Menschen an einer Form mehr demokratischer Kontrolle der Wirtschaft anregen? Ist es zu spät in unserer abgestempelten und entwickelten Gesellschaft, eine so gewaltige Änderung noch für möglich zu erachten?»

Die Stimme des Enthusiasten

G. D. H. Cole ist aus ganz anderem Holz geschnitzt. In seiner akademischen Laufbahn hat er viele Dutzende von Büchern geschrieben, in denen immer neue Vorschläge für immer neue Reformen gemacht, in denen der sozialistischen Ideologie und Praxis immer neue Anregungen gegeben wurden. Die Fruchtbarkeit dieses Geistes ist erstaunlich. Im Krieg hat er ein Buch vorgelegt, das ein fertiges Rezept für ein nach dem Krieg zu errichtendes sozialistisches Großbritannien darstellte. Nach dem Krieg hat er einen 1200 Seiten starken «Führer» durch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Gegenwart veröffentlicht. Einem Buch, in dem er den Aufgaben der Genossenschaftsbewegung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nachspürt, folgte ein anderes, das eine kritische Analyse der Struktur und der Ideologie der britischen Gewerkschaftsbewegung darstellt. Daneben schrieb er eine dreibändige Geschichte der Labourbewegung und hat eben den zweiten Band seiner auf drei Bände berechneten großen Sammlung der «Geschichte der sozialistischen Ideologie» abgeschlossen. Nebenher stammt von ihm eine nie abreißende Flut von kurzen Beiträgen zu aktuellen Fragen, von denen man denen, die der weltpolitischen Situation gewidmet sind, am wenigsten zustimmen kann. (Nebenher schreibt Cole aber auch Detektivromane, teils allein, teils zusammen mit seiner Frau *Margaret Cole*, die selbst eine Schriftstellerin von Rang und unter anderem Verfasserin der auch ins Deutsche übersetzten Biographie der Eheleute Webb ist.) An schriftstellerischer Fruchtbarkeit kann Cole nur mit dem verstorbenen Professor

Laski verglichen werden, mit dem ihn der Beruf des Hochschullehrers und das Bekenntnis zu dem Gedankengut von Karl *Marx* verband, von dem er sich aber nach vielen Richtungen unterscheidet. Hat Laski vor allem die Einrichtungen des öffentlichen Lebens – Regierung, Parlament, Bürokratie – analysiert und über die Möglichkeiten nachgedacht, sie in den Dienst der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zu stellen, dann kreist das Denken von Cole in erster Linie um die strukturellen Reformen, die er für notwendig hält und denen sich die Institutionen einfach anzupassen haben – das «Wie» bekümmert ihn im Gegensatz zu Laski verhältnismäßig wenig. Das charakterisiert auch wieder die kleine Broschüre «Ist das Sozialismus?», die er jetzt veröffentlicht hat.

Eine neue Klassenscheidung?

Die Fragestellung des Titels richtet sich natürlich an die Labour Party. Cole anerkennt alles, was die Arbeiterregierung der Jahre 1945 bis 1951 geleistet hat. Daß auch die weitgehenden strukturellen Reformen, die sie vorzunehmen Gelegenheit hatte, noch nicht Sozialismus waren, dürfte unbestritten sein, aber Cole fragt, ob der von der Arbeiterregierung errichtete Wohlfahrtsstaat, den er ausdrücklich bejaht, zur klassenlosen Gesellschaft führe. Ihm scheint, daß er eher von diesem Weg weg zu einer neuen Klassenscheidung drängt. Die Steuerpolitik der Arbeiterregierung habe die krassen Einkommensdifferenzen stark reduziert, und es sei auch unvermeidlich gewesen, die Einkommen der Arbeiter und der Mittelschichten entsprechend zu besteuern, denn selbst die (von den Betroffenen natürlich als grausam empfundene) Steuerleistung der Besitzenden hätte wegen deren verhältnismäßig kleinen Zahl allein das System der sozialen Sicherheit nicht ausreichend finanzieren können. Nichtsdestoweniger stellt Cole eine Tendenz zur Bildung einer neuen Schicht oder sogar Klasse von hochbezahlten Facharbeitern fest, die ein gegenüber der großen Masse wesentlich größeres Einkommen haben. (In der Praxis stimmt das freilich nicht ganz, da wesentlich höhere Einkommen eben auch ganz anders besteuert werden als Durchschnittseinkommen.)

Wie kommt man trotzdem zur klassenlosen Gesellschaft? Das ist die Frage, die Cole hier vor allem beschäftigt, der vor der Gefahr warnt, die «Ungleichheiten zu stabilisieren». «Wir sind in Gefahr», ruft er aus,

> «sogenannte ‚vernünftige' Profite und die Erhaltung der kapitalistischen Operationen für den größeren Teil der Industrie als legitim anzuerkennen, unter der Voraussetzung, daß die Regierung eine Art Generalvollmacht für Planung und Kontrolle besitzt – eine Vollmacht, die in einem solchen System sehr schwer ausgenützt werden kann, wenn die Kapitalisten nicht bereit sind, ‚mitzuspielen'. Wir sind in der Gefahr, die Durchführung einer größeren Reorganisation und eines weitgehenden Investitionsprogramms,

dessen viele unserer Industrien bedürfen, zu versäumen, weil das Beharren der Kapitalisten auf einem Profit, das das Verlangen der Arbeiter nach höheren Löhnen wachruft, nicht genug für Kapitalsgüterinvestitionen freiläßt oder die Lenkung der Investitionen in die richtigen Kanäle verhindert.»

Mehr Gemeinwirtschaft!

Cole beschränkt sich nicht auf Kritik, sondern macht eine Reihe konkreter Vorschläge, die geradezu darauf auszugehen scheinen, Widerspruch auszulösen und dadurch das Denken anzuregen. Er beanstandet, daß die letzte Arbeiterregierung zwar die Ungleichheit der Einkommen wirksam bekämpft, aber zu wenig oder nichts zur Beseitigung der krassen Eigentumsdifferenzen getan habe. Hier muß gleich eingefügt werden, daß der Vorwurf in dieser apodiktischen Form einer näheren Prüfung nicht standhalten kann, weil die progressive Staffelung und gleichzeitige Erhöhung der *Erbsteuer* durch die Arbeiterregierung die Bahn zu einer, wenn auch langsamen, Liquidierung großer Besitztümer eröffnet hat. Unser Autor geht auch an der Tatsache vorbei, daß die Labour Party in der Programmschrift «Challenge to Britain» (etwa: «Ruf an Britannien») die nächste Arbeiterregierung auf eine drastische Besteuerung von Kapitalbesitz festgelegt hat. Cole schlägt nun eine Beschränkung des Erbgangs auf ein sozial verantwortbares Minimum vor, denn Sozialisten könnten «nicht das Recht irgendeiner körperlich gesunden Person anerkennen, auf Kosten der Arbeit anderer ein müßiges Leben zu führen oder unter Berufung auf ererbtes Vermögen ein viel größeres Einkommen zu begehren, als sie durch ihre eigenen Bemühungen zu erwerben in der Lage wäre». Solange wirtschaftliche Ungleichheit besteht, sollte das Recht eines Erblassers, seiner Witwe oder seinen Kindern sein Haus oder seine Landwirtschaft zu hinterlassen, nicht in Frage gestellt werden; aber über ein gewisses Maximum hinaus sollte alles übrige in die öffentliche Hand übergehen, wobei jährliche Zahlungen an die gesetzlichen Erben für die Dauer ihres Lebens zu leisten wären.

Auf diese Weise, sagt Cole, würde die öffentliche Hand ganze Fabriken, Aktienpakete von Konzernen usw. erwerben, was den Sektor der Gemeinwirtschaft ungemein erweitern würde. Cole hält das für einen gangbareren Weg als die Überführung eines kompakten Industriezweiges in die Hand des Staates, wie das bisher praktiziert wurde. Diese Art der Sozialisierung würde den Staat in die Lage versetzen, Direktoren von Aktiengesellschaften zu bestellen und so mehr und mehr Einfluß auf den Gang des Wirtschaftslebens zu gewinnen, wobei es dem Autor nichts verschlägt, daß die öffentliche Hand für eine Übergangszeit Partner in auf Profit ausgehenden und nicht vor allem auf das Gemeinwohl ausgerichteten Privatunternehmungen würde.

Die Einwendungen gegen diesen Vorschlag liegen auf der Hand, aber gibt es überhaupt *irgendwelche* Reformvorschläge, gegen die es sachliche Einwendungen nicht geben kann? Worauf es ankommt, ist nur, vor der Entscheidung das «Für» gegen das «Wider» zu erwägen. Die praktische Verwirklichung von Coles Vorschlägen würde keine organische Erweiterung des Sektors der Gemeinwirtschaft zur Folge haben, sondern eine weitgehend auf Zufällen begründete. Eines Tages wäre die öffentliche Hand zum Beispiel Eigentümer einer Baumwollweberei, der Hälfte einer Maschinenfabrik, einer Anzahl von Bauerngütern und einer Reihe von Handelsfirmen der verschiedensten Art. Kann die öffentliche Hand (die nicht unbedingt mit dem Staat identisch sein muß) Fachleute für alle Eventualitäten heranziehen, die im Augenblick unvorhersehbar sind? Die Schwierigkeiten, Fachleute zur Führung nationalisierter Wirtschaftszweige zu finden, die für die Aufgaben der Gemeinwirtschaft Verständnis haben und zugleich Garantien gegen eine mit Recht gefürchtete Bürokratisierung sind, sind jetzt schon recht groß. Man kann sie mit der Zeit überwinden, wenn Klarheit darüber besteht, worin die Bedürfnisse einer voraussehbaren Zukunft bestehen. Das Problem scheint aber fast unlösbar, wenn der öffentlichen Hand Dinge in den Schoß fallen sollen, mit denen kaum gerechnet werden konnte. Wobei nur am Rande vermerkt sei, daß eine öffentliche Hand, die solchen Aufgaben gewachsen sein sollte, vorläufig überhaupt nicht besteht und eine Reform des Staatsapparates und der Einrichtungen der Selbstverwaltung an Haupt und Gliedern vorausgehen müßte.

Auch wer daher der Ansicht von Professor Cole zustimmt, daß es für eine an der Macht befindliche Arbeiterregierung keine «Pause» in den Reformen geben könne, weil das die bisherigen Errungenschaften zu bedrohen geeignet ist, wird sich doch die Frage vorlegen müssen, ob die systematische Überführung von Wirtschaftszweigen aus den Händen niemandem verantwortlicher Privater in die Hände öffentlicher Korporationen nicht die bessere Methode bleibt.

Für Mitbestimmung der Arbeiter

Die kleine Broschüre von Professor Cole enthält eine Reihe anderer konkreter Vorschläge; manche von ihnen haben nur für die spezifischen britischen Verhältnisse Interesse. Eine gesetzliche Beschränkung des Ausmaßes der Dividenden, wie sie Cole jetzt ins Auge faßt, war schon im Wahlprogramm der Arbeiterpartei im Jahre 1951, wenn auch nicht als dauernde Maßnahme, vorgesehen. Daß ein Teil der erzielten Gewinne, neben dem, was weggesteuert wird, von Gesetzes wegen als Eigentum der Öffentlichkeit dem Betrieb verbleiben soll, ist ein erwägenswerter Gedanke, wenn man den Grundgedanken Coles, der Sozialisierung im Wege des Erbgangs, annimmt. Andere Stellen der

Broschüre knüpfen an Gedankengänge an, die der Autor früher schon in anderem Zusammenhang entwickelt hat, zum Beispiel die Frage einer systematischen gesamtstaatlichen Lohnpolitik, von der aber Cole ausdrücklich erklärt, daß sie unter den gegebenen Umständen noch nicht aktuell sei. «Aber je weiter wir uns in der Richtung zu einer sozialistischen Gesellschaft bewegen, desto unerläßlicher wird die Planung der Löhne werden, und sei es auch nur deswegen, weil Löhne und Preise in einem unlösbaren Zusammenhang stehen . . .»

Cole, der anfangs der zwanziger Jahre den sogenannten «Gildensozialismus», das heißt die Übernahme und Führung eines ganzen Wirtschaftszweiges durch die Gesamtheit der in ihm Beschäftigten predigte, ist von diesem Gedanken als einem Gegenwartsziel inzwischen abgekommen. Aber er befürwortet in seiner Broschüre ein gewisses Maß an gewerkschaftlicher Einflußnahme auf die Betriebsführung ohne Rücksicht auf die Frage, ob es sich um ein Privatunternehmen oder um ein gemeinwirtschaftliches handelt. Es sollte möglich sein, die «von oben» ausgewählten Vorarbeiter durch aus den Reihen der Arbeiter stammende geeignete und von diesen gewählte Kandidaten zu ersetzen, und es sollte auch möglich sein, daß eine Gruppe von Arbeitern innerhalb eines Betriebes eine bestimmte Arbeitsverrichtung in «Eigenregie» übernimmt, vorausgesetzt, daß sich alles das im Rahmen von Abmachungen zwischen Gewerkschaft und Betrieb bewegt.

Natürlich ist sich der Autor darüber im klaren, daß sein Programm nicht etwas darstellt, was man, grob ausgedrückt, als «Wählerfang» zu bezeichnen pflegt. Auch die Wähler, die 1945 die Bildung der Arbeiterregierung ermöglichten, hätten, meint er, «nicht so sehr für den Sozialismus als für eine Änderung» gestimmt, und die Einwendung der «Unpopularität» seiner Ideen berühre ihn nicht:

> «Ich bin ein Sozialist und glaube daran, daß Sozialismus vor allem eine klassenlose Gesellschaft bedeutet. Ich bin überhaupt nicht daran interessiert, der Labour Party zu einer Mehrheit im Parlament zu verhelfen, wenn sie nicht daran denkt, diese, soweit das möglich ist, zu einem Vorstoß in der Richtung einer klassenlosen Gesellschaft zu benützen . . . Die Alternative ist, sich mit dem Erreichten zu begnügen und den Versuch zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft aufzugeben . . . Eine Wahl zu gewinnen, ohne ein Programm zu haben, ist der sicherste Weg dazu, die nächste zu verlieren . . .»

Man kann mit diesen Gedankengängen ganz einverstanden sein, ohne die Auffassung zu vertreten, daß der von Professor Cole angedeutete Weg der einzige ist, der zum Ziele führt. Aber wer hat in diesem Streit recht, der junge Skeptiker *Chapman* oder der alte Enthusiast *Cole?* Keine Politik kann erfolgreich sein, die die Gegebenheiten der menschlichen Natur außer acht läßt,

und niemand wird leugnen, daß Chapman richtig beobachtet, wenn er sagt, daß weite Arbeiterschichten lieber früher aus der Arbeit nach Hause gehen als sich über Fragen der Mitbestimmung im Betrieb den Kopf zu zerbrechen. Aber er scheint unter dem Eindruck zu sein, mit seiner Feststellung irgendeine sensationelle Entdeckung gemacht zu haben. In Wirklichkeit hat es das im Wesen immer und zu allen Zeiten dort gegeben, wo die Menschen ihr Los halbwegs zu tragen vermochten. Hätte man sich in den zurückliegenden Jahrzehnten nur von dem Chapmanschen Skeptizismus leiten lassen, der nichts Neues unter der Sonne ist, dann wäre man kaum um einen Schritt vorwärtsgekommen. Die Lösung kann nicht darin liegen, daß man sich ganz den Nur-Praktikern oder ganz den Nur-Idealisten anvertraut, sondern daß man aus der Erkenntnis der Gegebenheiten und der Erkenntnis der Notwendigkeiten die richtige Synthese formt.

REGINA KÄGI-FUCHSMANN

Die Hilfe an unterentwickelte Länder

I.

Immer mehr liest man in den letzten Monaten von der Technischen Hilfe und damit im Zusammenhang von den unterentwickelten Völkern. Die Bezeichnung: Technische Hilfe oder Technischer Beistand ist nicht sehr glücklich gewählt, denn er erweckt den Eindruck, daß es sich dabei um technische Maßnahmen im engeren Sinne handle, was dem Sinne und den Methoden nach gar nicht der Fall ist. Auch der Zusammenhang mit den Vereinten Nationen und die Bedeutung dieser ganzen Unternehmung für die Friedenssicherung kommen in den meist kurzen Bulletins, die zudem oft nur Orientierungen über aktuelle Sachfragen enthalten, nicht klar genug zum Ausdruck. Das ganze «Erweiterte Programm der Technischen Hilfe» sowie die Tätigkeit der Spezialorganisationen der UNO als unabhängige Körperschaften umschließen aber ein so vielschichtiges Geschehen, das berufen ist, das wirtschaftliche, soziale und damit politische Gefüge der Welt entscheidend zu beeinflussen, so daß sich eine zusammenhängende Darstellung, die auch nach den möglichen Folgen frägt, sich wohl rechtfertigt.

In der Präambel zu den Satzungen der Vereinten Nationen finden wir im 4. Abschnitt folgenden Satz: